

Bremerhaven, 18.03.2022

Antrag - Nr. StVV - AT 15/2022 (§ 36 GOSTVV)		
für die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 31.03.2022		
Beratung in öffentlicher Sitzung:	ja	Anzahl Anlagen: 0

Städtepartnerschaft Kaliningrad neu bewerten (SPD, CDU, FDP, GRÜNE PP)

Nach dem völkerrechtswidrigen Kriegsbeginn Putins gegen die Ukraine sind viele schwerwiegende Sanktionen gegen Russland in Kraft getreten, die das Ziel haben, die Finanzierung des Krieges zu erschweren und die Unterstützer des Krieges persönlich zu sanktionieren. Bremerhaven unterhält seit vielen Jahren eine gute und konstruktive Städtepartnerschaft mit der russischen Stadt Kaliningrad. Durch die neue globale Lage kann die Städtepartnerschaft derzeit aber nicht in demselben Maße fortgeführt werden. Vielmehr muss die Städtepartnerschaft neu bewertet werden. Ein Abbruch aller partnerschaftlichen Beziehungen oder ein einfaches Ruhenlassen der Beziehungen kann aber nicht die Lösung sein. Es muss gerade in diesen Zeiten darum gehen, die Kommunikationswege weiterhin offen zu halten und die Gesprächsebenen nicht abzubauen. Auch regionale und kommunale diplomatische Möglichkeiten müssen genutzt werden, um für Frieden und Akzeptanz des Völkerrechts zu werben. Gleichzeitig muss aber auch klar sein, dass bei offener Unterstützung des Krieges eine Städtepartnerschaft keine Zukunft haben kann.

Die Stadtverordnung möge beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung verurteilt den völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen die Ukraine und fordert Russland auf, den Krieg sofort zu beenden.

Die Stadtverordnetenversammlung fordert den Magistrat auf, die Städtepartnerschaft mit der russischen Stadt Kaliningrad neu zu bewerten. Dabei sollen folgende Punkte in die Bewertung mit aufgenommen werden:

- Es ist wichtig, die Kommunikationskanäle in unsere russische Partnerstadt Kaliningrad offen zu halten.
- Bremerhaven muss deutlich machen, dass Magistrat und Stadtverordnetenversammlung den Krieg als einen Bruch des Völkerrechts sehen und die Souveränität der Ukraine in ihren heutigen Grenzen uneingeschränkt gilt.
- Eine Partnerschaft mit einer Stadt, die den Krieg offen unterstützt, hat keine Zukunft.

Die Stadtverordnetenversammlung fordert den Magistrat auf, im bis zur nächsten

Sitzung der Stadtverordnetenversammlung über die Neubewertung zu berichten.

Sönke Allers
SPD-Fraktion

Thorsten Raschen
CDU-Fraktion

Prof. Dr. Hauke Hilz
FDP-Fraktion

Doris Hoch
Fraktion Grüne PP